

An die Medien

Bern, 17. Juni 2019

Plenarversammlung der kantonalen Volkswirtschaftsdirektorinnen und –direktoren: Austausch mit Wirtschaftsminister Guy Parmelin

Die Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren VDK hat an ihrer Plenarversammlung vom 13. Juni in Bern Bundesrat Guy Parmelin empfangen. Beim Austausch über aktuelle Wirtschaftsdossiers mit dem neuen Vorsteher des eidg. Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung wurde von beiden Seiten die zentrale Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen für die Findung innovativer Lösungen für den Standort Schweiz respektive für die betroffenen Menschen und Unternehmen betont.

Austausch zur Zukunft der Medienförderung

Der Bundesrat hat im Sommer 2018 den Entwurf für ein neues Gesetz über elektronische Medien in Vernehmlassung gegeben. Die Erwartungen, wie die öffentliche Hand die Medien unterstützen soll, gingen in den Stellungnahmen dazu weit auseinander. Bundesrätin Sommaruga wird dem Bundesrat in der zweiten Jahreshälfte einen Vorschlag für die Anpassung der neuen Rechtsgrundlagen unterbreiten. Im Rahmen der Plenarversammlung konnten die VDK-Mitglieder ihre diesbezüglichen Anliegen gegenüber dem Direktor des BAKOM, Philipp Metzger, einbringen. Zudem fand ein Austausch mit dem Generaldirektor der SRG, Gilles Marchand, zur Strategie der SRG, namentlich für den regionalen Service public statt. Für die Kantone ist die Sicherstellung eines leistungsfähigen medialen Service public in allen Regionen aus demokratiepolitischen Gründen ein zentrales Anliegen.

Die VDK spricht sich für den indirekten Gegenvorschlag des Nationalrates zur Konzernverantwortungsinitiative aus

Im Rahmen der Plenarversammlung haben sich die VDK-Mitglieder auch zum indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative positioniert. Die Initiative fordert, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz auch bei ihren Geschäften im Ausland internationale Menschenrechts- und Umweltstandards einhalten müssen. Die VDK unterstützt dieses Kernanliegen. Das Volksbegehren geht jedoch mit verschiedenen Bestimmungen zu weit und schafft zudem Rechtsunsicherheit. Der indirekte Gegenvorschlag des Nationalrates nimmt nun aus Sicht der Volkswirtschaftsdirektorinnen und –direktoren einzelne Anliegen der Initiative auf und erhöht die Rechtssicherheit in den aussenwirtschaftlichen Beziehungen. Sie haben sich deshalb für eine Unterstützung des indirekten Gegenvorschlags ausgesprochen. Dies nicht zuletzt aufgrund der Einschätzung, dass ohne Gegenvorschlag eine Annahme der Volksinitiative möglich scheint. Letzteres gilt es aus Sicht der VDK zu verhindern.

Neue Strategie der nationalen Standortpromotion zwischen Bund, Kantonen und Regionen

Die VDK hat des Weiteren die neue Leistungsvereinbarung der Kantone mit Switzerland Global Enterprise S-GE für die Jahre 2020-2023 den Kantonen zur Ratifikation unterbreitet. Die nationale Standortpromotion ist in der Schweiz als eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen angelegt. Diese beiden Ebenen haben S-GE im Rahmen von Leistungsvereinbarungen für die operative Promotionstätigkeit mandatiert.

Darüber hinaus wurden die Volkswirtschaftsdirektorinnen und –direktoren an ihrer Sitzung von Bundesseite über die Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials des Bundesrates vom 15. Mai 2019 und den Einbezug der Kantone in die weitere Umsetzung orientiert. Die Kantone sind von den vorliegenden Massnahmen in ihrer Zuständigkeit in hohem Masse betroffen.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen zur Verfügung:

- Regierungsrat Christoph Brutschin (BS), Präsident VDK, Tel. 079 661 83 54
- Matthias Schnyder, Generalsekretär VDK, Tel. 079 349 50 38